
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 2

Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz

am 02.06.2010

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Carsten Jaksch-Nink (SPD)
Dirk Kolar (SPD)
Sascha Kudella (SPD)
Bärbel Schmidt (SPD)
Brunhilde Weinhold (SPD)
Claudia Gebhard (CDU)
Ute Gössing (CDU)
Elke Middendorf (CDU)
Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Helmut Stalz (FWG)
Peter Manns (GFL)
Christel Ciecior (SPD)
Marlies Deppe (CDU)
Sigurd Senkel (FDP)
Werner Sell (DIE LINKE.)

sachkundige Bürger

Burkhard Elsner (SPD)
Dr. Wolfgang Riekenbrauck (SPD)
Manuela Veit (SPD)
Carsten Böckmann (CDU)

Martin Niessner (CDU)

Für die Verwaltung

Herr Hahn, Dez. IV
Herr Merfels, L FB 53
Herr Dr. Hartlieb, FB 53
Frau Dr. Winzer-Milo, FB 53
Frau Müller, FB 53
Frau Schneider-Rödding, FB 53
Frau Rauert, L PK
Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/-innen

Frau Schmidt, Initiative Down Syndrom Kreis Unna e.V.
Frau Dr. Kirsch, Initiative Down Syndrom Kreis Unna e.V.
Herr Pincus, sachkundiger Bürger
Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Frau Schmidt, Geschäftsführerin der Kreistagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion

Herr Kolar begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Vorstellung der Selbsthilfegruppe „Initiative Down Syndrom Kreis Unna e.V.“

Punkt 2

064/10

Zuschüsse zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen im Kreis Unna

Punkt 3

065/10

Zuschüsse für die Bekämpfung von Suchtgefahren im Kreis Unna

Punkt 4

076/10

Sachstandsbericht Netzwerke Kindergerechtigkeit

Gesundheit fördern durch Kommunikation – Bildung – Information

Punkt 5

Familienhebammen des Kreises Unna

- Erfahrungsbericht -

Punkt 6

Anonyme Drogenberatung Unna e.V.

- Sachstandsbericht -

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Vorstellung der Selbsthilfegruppe „Initiative Down Syndrom Kreis Unna e.V.“

Erörterung

Frau Schmidt und Frau Dr. Kirsch stellen die Selbsthilfegruppe „Initiative Down Syndrom Kreis Unna e.V.“ vor. Die Initiative habe sich vor zwölf Jahren mit 17 Mitgliedern zur Vereinsgründung entschlossen. Mittlerweile bestehe die Selbsthilfegruppe aus 350 Mitgliedern. Ziel und Zweck des Vereins sei es, Informationen bereit zu stellen, für eine verstärkte Akzeptanz und Toleranz von Menschen mit Down Syndrom zu sorgen, Hilfestellung für Betroffene zu geben und die Integration in allen Bereichen menschlichen Zusammenlebens zu fördern. Dies erfolge in vielfältigen Aufgabenfeldern, die sich aus der Übersicht ergeben, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist. Ein wichtiger Punkt der Arbeit der Selbsthilfegruppe sei die Verbesserung der Integration bzw. Inklusion durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch Vorträge in verschiedensten Gremien. Die Einladung in die heutige Sitzung hätten sie daher gerne angenommen.

Für Menschen mit Down Syndrom habe es in der Vergangenheit in der überwiegenden Zahl der Fälle einen vorgezeichneten Weg vom integrativen Kindergarten über die Förderschule in eine Werkstatt gegeben. Ein wichtiges Anliegen der Selbsthilfegruppe habe darin bestanden und bestehe auch weiterhin darin, andere Gestaltungsmöglichkeiten und Entwicklungschancen zu erreichen, wie den Besuch eines Regelkindergartens, der Regelschule oder alternative Ausbildungsmöglichkeiten. Allerdings hätten sich bei der Umsetzung häufig strukturelle Hemmnisse ergeben, insbesondere wenn es um Zuständigkeitsfragen und das Zusammenspiel verschiedener Aufgabenträger gegangen sei. Hier bestehe Bedarf zu einer Veränderung im Sinne der Betroffenen. So könne ein anderer Ansatz sein, von den Möglichkeiten und Talenten der Menschen mit Down Syndrom auszugehen und nicht ihre Hemmnisse in den Fokus zu nehmen.

Anhand eines Filmbeitrags wird ein Beispiel für einen alternativen Ansatz in der Berufsausbildung gezeigt.

Im Anschluss werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Frau Hosang ergänzt dies um den

Aspekt, dass sie zur Beratung in die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN den Ansatz mitnehmen werde, vom institutionellen Denken hin zu einem individuellen Fallmanagement zu kommen.

Herr Hahn weist darauf hin, dass strukturelle Fragen, die Ausbildungsgänge betreffen, eher im Schulausschuss zu verorten seien. Nur von dort könnten entsprechende Impulse aufgenommen und auf den Weg gebracht werden.

Herr Böckmann macht darauf aufmerksam, dass das bestehende berufliche Ausbildungssystem hohe Anforderungen beinhalte und die Gefahr einer Überforderung bestehe. Andere Möglichkeiten böten Integrationsmaßnahmen, für die häufig nicht die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stünden.

Der Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Selbsthilfegruppe „Initiative Down Syndrom Kreis Unna e.V.“ zur Kenntnis.

Punkt 2

064/10

Zuschüsse zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen im Kreis Unna

Erörterung

Herr Elsner dankt als Sprecher der Selbsthilfegruppen im Kreis Unna für die erneute Bereitstellung von Mitteln. Allerdings bedaure er, dass es sich um einen feststehenden Betrag handle, der in diesem Jahr auf eine höhere Anzahl von Antragstellern aufgeteilt werde, so dass die Einzelbeträge niedriger ausfallen würden. Als Mitglied im „Gesunde Städte Netzwerk“ wisse er aber auch, dass der Kreis Unna im Bundesvergleich bei der Selbsthilfearbeit gut aufgestellt sei.

Lt. Frau Gebhard handle es sich hier um eine gelebte Bürgerbeteiligung. Es spielten aber als Beteiligte neben den Mitgliedern der Selbsthilfegruppen Krankenkassen, Krankenhäuser, Ärzte, Kommunen, Pflege- sowie Gesundheitskonferenzen zusammen. Hier gebe es Möglichkeiten zur Weiterentwicklung insbesondere im Bereich der Vernetzung. Sie sehe an dieser Stelle die Krankenkassen in der Pflicht, da diese am ehesten von der Arbeit der Selbsthilfegruppen profitierten.

Herr Merfels erläutert, dass die Krankenkassen der Vernetzung durchaus Rechnung tragen und zudem Selbsthilfegruppen auf Antrag finanziell unterstützen. So seien im vergangenen Jahr Mittel in Höhe von insgesamt 29.000 Euro bewilligt worden.

Frau Hosang begrüßt die Gewährung der Zuschüsse. Hier sei der Kreis Unna vorbildlich in der Unterstützung der Selbsthilfearbeit.

An der anschließenden Abstimmung nimmt Herr Elsner aufgrund seiner Funktion als Sprecher der Selbsthilfegruppen nicht teil.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Förderung der Selbsthilfegruppen im Haushaltsjahr 2010 gem. den Förderrichtlinien entsprechend des Vorschlags umzusetzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

065/10

Zuschüsse für die Bekämpfung von Suchtgefahren im Kreis Unna

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, den freien Trägern folgende Zuschüsse zu zahlen:

- Diakonie im Kirchenkreis Unna bis maximal 94.080 Euro
- DRK Lünen bis maximal 64.000 Euro
- Diakonie Schwerte 21.250 Euro

Bei den selbstständigen Abstinenzgruppen sollen die Zuschussbeträge im Einzelnen nach der Zahl der eingehenden Anträge sowie den voraussichtlichen Einnahmen und Aufwendungen der Gruppen im Haushaltsjahr 2010 bemessen werden. Für die Gruppen stehen Mittel in Höhe von 6.700 Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

076/10

Sachstandsbericht Netzwerke Kindergerechtigkeit

Gesundheit fördern durch Kommunikation – Bildung – Information

Erörterung

Herr Hahn weist einleitend darauf hin, dass sich der Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz im vergangenen Jahr mit dem Thema Kindergesundheitskonferenzen in Zusammenarbeit mit den acht Jugendämtern beschäftigt habe. Ziel der Konferenzen sei es gewesen, Themen der Kindergesundheit mit den relevanten örtlichen Trägern wie Kindergärten, Schulen, Sportvereinen usw. aufzugreifen und Anstöße zur selbstständigen Umsetzung und Weiterentwicklung zu geben.

Herr Dr. Hartlieb erläutert schwerpunktmäßig den Sachstandsbericht und gibt einen Ausblick auf die weiteren Planungen.

Frau Gebhard hebt hervor, dass es sich hier um ein begrüßenswertes Projekt handele, insbesondere im Hinblick auf die Zielgruppe der Eltern mit besonderen Risiken, die schwierig zu erreichen sei. Zudem halte

sie eine anerkannte Weiterbildungsmaßnahme für Eltern für erstrebenswert.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Der Sachstandsbericht Netzwerke Kindergerechtigkeit wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Familienhebammen des Kreises Unna

- Erfahrungsbericht -

Erörterung

Frau Winzer-Milo stellt anhand einer Folienpräsentation die im Jahr 2009 begonnene Arbeit der Familienhebammen des Kreises Unna vor. Ihre Ausführungen werden durch Frau Möller und Frau Schneider-Rödding um Berichte aus der praktischen Arbeit ergänzt. Die Präsentation ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

Herr Kolar sieht durch den Bericht die Entscheidung, die Aufgabe beim Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz anzusiedeln, bestätigt. Die Auslastung der Familienhebammen zeige zudem, dass ein entsprechender Bedarf gegeben sei.

Durch die Ausführungen werde deutlich, dass die Arbeit nicht nur begonnen, sondern bereits als Institution anerkannt sei, so Herr Senkel.

Lt. Frau Streich sei die Arbeit nötig und wichtig und es müsse für die Zukunft darüber nachgedacht werden, aus dem zeitlich begrenzten Projekt eine feste Einrichtung zu machen. Hierbei stünde der Präventionsansatz im Vordergrund, der dazu dienen könne, Hilfebedarfe, die unter Umständen in diesen Familien zu einem späteren Zeitpunkt entstehen könnten, zu vermeiden. Zu prüfen sei dann auch, ob ein Ausbau der Aufgaben sinnvoll sei.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Der Bericht zur Arbeit der Familienhebammen des Kreises Unna wird vom Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Anonyme Drogenberatung Unna e.V.

- Sachstandsbericht -

Erörterung

Herr Hahn berichtet, dass am 24. März eine Mitgliederversammlung der Anonymen Drogenberatung Unna e.V. (ADU) stattgefunden habe, die sich mit der Entlastung des Vorstandes und dem Haushalt für das Jahr 2009 beschäftigt habe. Der Haushalt für 2010 sei Thema in einer Mitgliederversammlung am 13. Juli, die

ebenfalls dazu dienen werde, wegweisende Maßnahmen zur Umwandlung der ADU in eine gemeinnützige GmbH unter Trägerschaft des Kreises Unna zu beschließen. Seit Beginn dieser Woche liege das Gutachten einer Rechtsanwaltskanzlei zum dafür notwendigen Verfahren vor. Vorgeschlagen werde ein sogenannter Verschmelzungsvertrag, der beinhalte, dass zuerst eine zu gründende gGmbH mit dem bestehenden Verein verschmelze und im Anschluss daran der Verein aufgelöst werde.

Auf dieser Grundlage werde sowohl für die Mitgliederversammlung als auch für die politische Beratung ein Entscheidungsvorschlag erarbeitet. Dieser solle für die Sitzung des Kreistages im September eingebracht werden, damit bis zum Ende des Jahres auch die Beschlüsse in den politischen Gremien der Kommunen, die noch Mitglied der ADU sind, getroffen werden können.

Der noch bestehende Verein werde als Vorbereitung auf den Verschmelzungsvertrag in der Mitgliederversammlung im Juli die Satzung anpassen müssen. Dies erfolge unter notarieller Begleitung. Außerdem werde der Umzug in die Räume des DPWV zum 01.08. oder 01.09. Thema sein. Dieser sei aufgrund des hohen Renovierungsbedarfs in den bisherigen Räumlichkeiten geboten und erspare Kosten zwischen 20.000 und 25.000 Euro. Die neuen Räume seien bestens ausgestattet, so dass der Umzug mit geringstem Aufwand erfolgen könne. Allerdings sei mit der Anmietung eine jährliche Kostenerhöhung von ca. 5.000 bis 6.000 Euro verbunden.

Er fragt an, ob die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz dazu ein positives Votum erteilen könnten. Dies sowie das Verfahren zur Umwandlung in eine gGmbH wolle er bis zur Mitgliederversammlung mit den Vorsitzenden der Fraktionen abstimmen.

Die Kreistagsfraktionen der SPD, CDU, FDP und die GFL-Gruppe erklären sich ausdrücklich damit einverstanden. Frau Streich sieht die Notwendigkeit einer Abstimmung innerhalb der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und gibt kein Votum ab.

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Empfang der Selbsthilfegruppen

Herr Hahn teilt mit, dass der Empfang der Selbsthilfegruppen für den 02. September geplant sei. Einladungen werden rechtzeitig ausgesprochen werden.

2. KreisSportBund

Lt. Herrn Hahn habe der KreisSportBund (KSB) am 25. Mai Herrn Klaus Stindt zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Dieser sei der neue autorisierte Ansprechpartner für den noch in diesem Jahr abzuschließenden Vertrag zwischen dem Kreis Unna und dem KSB. Der Vertragsentwurf werde entsprechend der Beratungen im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz dem Kreistag nach der Sommerpause zur Beratung vorgelegt.

3. Hüttenwerk Aurubis, Lünen

Der Kreisverwaltung Unna liege seit dem 28. Mai ein Gutachten vor, wonach im Umfeld der Kupferhütte Aurubis Schwermetallbelastungen, insbesondere eine Bleibelastung, vorhanden seien, so Herr Hahn. Federführend in dem weiteren Verfahren sei die Bezirksregierung Arnsberg unter Beteiligung des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV), der Stadt Lünen und der Fachbereiche

Gesundheit und Verbraucherschutz sowie Natur und Umwelt des Kreises Unna.

Am heutigen Tage habe es ein Gespräch mit der Bezirksregierung und der Stadt Lünen hier im Haus gegeben. Danach gebe es nach Aussage der Bezirksregierung keine akute Gesundheitsgefährdung.

Vertreter der Bezirksregierung, des LANUV, Herr Dr. Timpe und Herr Hahn würden am 22. Juni an einer Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Lünen zu diesem Thema teilnehmen. Zudem gebe es am 17. Juni eine Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für die betroffenen Gartenbesitzer/-innen, in Lünen.

Wichtig sei die Aussage der Bezirksregierung, dass hier keine Vergleichbarkeit mit den Belastungen gegeben sei, wie sie im Dortmunder Hafen aufgetreten seien. Dort gehe es um eine PCB-Belastung.

Die Bezirksregierung werde die Öffentlichkeit über den Stand der Angelegenheit informieren. Z.Z. gebe es eine Verzehrwarnung für Salate und Grünkohl, für die derzeit keine Saison sei. Es seien weitere Beprobungen für einen Zeitraum von einem Jahr vorgesehen.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 18.30 Uhr

Kolar

Vorsitzender

Bierwolf-Siegrist

Schriftführerin

Anlagen

- Folienpräsentation der „Initiative Down Syndrom Kreis Unna e.V.“
- Folienpräsentation „Familienhebammen im Kreis Unna“